



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sie sahen alle zu dem dänischen Fräulein auf. Es schien ihnen „die Jungfrau so fein“ zu sein. Die Sonne schien auf die blondlockigen kleinen Mädchen, und in der Ferne brauste der Gießbach.

Die Lehrerin ging durch die Reihen der Kinder und sprach flüsternd zu ihnen. Und auf einmal huben die klaren schwedischen Kinderstimmen an:

Es liegt ein schönes Land
Mit Buchen breit und stark
Am salzgen Ostseestrand,
Da senken Hügel sich ins Tal,
Das ist mein altes Dänemark,
Und es ist Frejas Saal!

Da wurde Helene so bewegt, wie sie es seit langer Zeit nicht mehr gewesen war. Es war ihr unmöglich, sich zu beherrschen. Schnell dankte sie den Kindern und der Lehrerin und eilte hinaus.

Sie ging in den Wald, und nun strömten die Tränen aus ihren Augen. Sie sehnte sich, sehnte sich — wie nie zuvor.

Da hörte sie die Kinder schwachend und lachend aus der Schule kommen. Und nach einer Weile kam die kleine Ebba ganz allein an der Stelle vorüber, wo sie verborgen saß.

Da kam Helene ein Gedanke. Sie sprang auf und folgte langsam dem Kinde. Eine Strecke die große Landstraße lang, dann in den Wald hinein. Und wieder auf das Feld hinaus, in das niedrige Gestrüpp.

Ebba war während der ganzen Zeit vorwärts geeilt, ohne sich umzusehen, plötzlich aber wandte sie sich um und entdeckte wohl Helene, die eben noch zur rechten Zeit kam, sie in einem kleinen, armseligen Hause verschwinden zu sehen.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. Durch die Trinksprüche, die der Kaiser in Dresden und bei der Moltkefeier in Berlin ausgebracht hat, klingt zum erstenmal ein ernster Ton, dessen Bedeutung um so größer ist, als er von der autoritativsten Stelle ausgeht und bei besondrer Gelegenheit angeschlagen worden ist. Es liegt darin eine Warnung an die Nation, die augenblickliche Minderung in der Spannung der Lage nicht als endgiltig anzusehen, die uns aller Sorge für die Zukunft enthölle. Im Gegenteile mag das deutsche Publikum daraus entnehmen, nicht nur daß Kriegsgefahr nahe genug an uns vorübergezogen, sondern auch daß die Situation immer noch so ist, daß wir genötigt sind, „das Schwert scharf und das Pulver trocken“ zu halten. Wenn einige Blätter geneigt sind, diese Wendung mit der Wahrscheinlichkeit eines englisch-russischen Abkommens, das zu verhüten sich Deutschland vergeblich bemüht habe, also mit einer Niederlage der deutschen Politik in Zusammenhang zu bringen, so waltet dabei ein sehr großer Irrtum ob. Ein englisch-russisches Abkommen über asiatische Grenzfragen wäre bekanntlich nicht das erste seiner Art und hätte als solches auf unser Verhältnis zu Rußland nicht den geringsten Einfluß, ganz abgesehen von der Frage, auf wie lange etwa eine aktive Betätigung der russischen Politik aus den internationalen Verhältnissen überhaupt ausscheidet. England hat sehr nahe liegende Gründe, trotz seinem Bündnisse mit Japan eine allzu große Schwächung Rußlands in Asien nicht zu wünschen. Denn schließlich ist Rußland die europäische Macht, die dort bei weitem die größte Widerstandsfähigkeit und Kraftentfaltung zu leisten imstande ist. Würde die russische Macht dort gänzlich außer Betracht kommen, so würde die englische wahrscheinlich bald schwer gefährdet sein. Nach dem Siege

der gelben Rasse und nach dem Einfluß, den die japanischen Erfolge in fühlbarer Weise in China und in Indien zu üben beginnen, kann es für England durchaus nicht erwünscht sein, in Asien mit Rußland in Konflikt zu geraten und dabei schließlich davon abhängig zu sein, in welchem Umfang die Japaner ihre Vertragstreue zu betätigen für nützlich erachten. England hat allen Grund, für lange Jahre in Asien in keinen kriegerischen Gegensatz zu einer weißen Macht zu geraten, weder mit Frankreich noch mit Rußland, und aus diesem Grunde enthält ein Abkommen zwischen England und unserm östlichen Nachbar durchaus keine Berührungspunkte für die deutsche Politik. Daß auch Rußland auf eine Reihe von Jahren den Frieden in Asien, und wohl nicht nur dort, wünscht, bedarf keiner weitern Auseinandersetzung.

Ein anderer großer Irrtum ist es, englisch-russische Gegensätze gewissermaßen als eine Art Lebenselixir für die deutsche Politik zu behandeln. Jedesmal wenn sich solche Gegensätze zuspitzen, kommt Deutschland in die Lage, Stellung nehmen zu müssen. Da sich das voraussichtlich immer in dem Sinne einer für Rußland wohlwollenden Neutralität vollziehen wird, wie es ja auch seinerzeit bei der afghanischen Differenz im Jahre 1886 der Fall war, so ist jedesmal die Folge, daß nachdem sich Rußland und England, vielleicht wesentlich infolge der deutschen Stellungnahme, miteinander vertragen haben, bei England ein Stachel gegen Deutschland zurückbleibt. Von einem russisch-englischen Konflikt hat Deutschland nichts zu gewinnen, wohl aber kann es sehr leicht hinterher in die Lage kommen, durch ein schlechtes Verhältnis zu England die Kosten dieses Konflikts zu tragen. Im Gegenteil, da von einer englisch-russischen Entente, etwa im Sinne der jetzigen englisch-französischen, schwerlich die Rede sein wird, so können wir nur wünschen, daß die Gestaltung der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern so bleibt, daß uns erspart wird, nach der einen oder der andern Richtung hin Stellung zu nehmen. Sicherlich mag es richtig sein, daß wir von England desto schlechter behandelt werden, je loser unser Verhältnis zu Rußland ist. Aber kein russisch-englisches Abkommen der nächsten Zeit wird Deutschlands gute Beziehungen zu Rußland irgendwie beeinflussen. Sodann steht es fest, daß die Anfänge einer russisch-englischen Abmachung über asiatische Grenzfragen schon um zwei Jahre zurückliegen, und daß ihre Ausführung nur durch den Ausbruch des russisch-japanischen Kriegs verhindert worden ist. Rußland hatte sich im Prinzip dazu bereit erklärt, konnte aber selbstverständlich während des Kriegs mit dem mit Japan verbündeten England keine Abmachungen treffen. Trotzdem hat die Hoffnung auf solche die englische Politik während des asiatischen Kriegs wesentlich beeinflusst. Das amtliche England hat alles unterlassen, was Rußland ernstlich hätte verstimmen können, und als zur Zeit der Doggerbankaffäre Admiral Verezhford in London anfragte, ob er die russischen Schiffe versenken oder nach Portsmouth bringen sollte, war es wesentlich Lord Lansdowne, der mit Rücksicht auf eine künftige asiatische Abmachung mit Rußland im Kabinettsrat den Ausbruch eines Konflikts zu verhindern wußte.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und England haben in einem Artikel des Daily Telegraph eine Beleuchtung erfahren, von der man nur wünschen kann, daß sie sich in England verallgemeinern möchte. Man darf in dem Artikel wohl eine Antwort Lord Lansdownes auf den entschiednen Tadel sehen, den die gegen ihn gerichteten Artikel der Wiener Neuen Freien Presse, die von englischen Korrespondenten alsbald deutschem Einfluß zugeschrieben wurden, von deutscher Seite erfahren haben. Der Daily Telegraph bemüht sich offenbar, den deutsch-englischen Beziehungen den Anstrich der äußersten Korrektheit zu verleihen, was insofern nicht schwer fällt, als ja tatsächlich keine bestimmten Streitpunkte zwischen Deutschland und England vorliegen. Und wären solche in Afrika, in der Südsee oder in China vorhanden, so ist gar kein Grund abzusehen, weshalb ihre Beilegung nicht ebensogut zum Gegenstand eines Abkommens zwischen Deutschland und England gemacht werden könnte. Aber weder kann die wirtschaftliche Expansion Deutsch-

lands noch kann der Ausbau unsrer Flotte, der doch wahrhaftig langsam genug vor sich geht, Gegenstand irgendeiner Vertragsbindung zwischen den beiden Ländern sein, und so werden die Ursachen der Verstimmung, auch wenn sie an sich noch so ungerechtfertigt sind, bestehn bleiben, bis drüben endlich einmal eine bessere Einsicht Platz greift, oder bis England findet, daß es in seinem politischen Interesse liegt, sich Deutschland zu nähern. Der Daily Telegraph sagt in seinem Artikel: „Der status quo paßt uns allen und sollte auch Deutschland passen, und wenn Deutschland mit dem Bilde zufrieden ist, das heute der Atlas bietet, so liegt kein Grund vor, warum nicht ein ebenso herzliches Einvernehmen zwischen Großbritannien und Deutschland begründet werden sollte, wie es heute schon zwischen Großbritannien und Frankreich und Großbritannien und den Vereinigten Staaten besteht, und wie es hoffentlich mit Rußland zustande kommen wird. Unser Wunsch richtet sich auf Frieden mit der ganzen Welt, und falls Deutschland dieses Bestreben teilt, dann ist ein englisch-deutsches Einvernehmen schon vorhanden.“

Es klingt auch durch diese scheinbar freundlich entgegenkommenden Wendungen das Mißtrauen, das die Engländer für die Erhaltung des status quo in Europa nicht nur selbst gegen Deutschland hegen, sondern auch überall zu verbreiten suchen. Englische Zeitungen nicht nur, sondern akkreditierte englische Diplomaten sind es gewesen, die den Verdacht gegen Deutschland genährt haben, daß es auf die Annexion der deutsch-österreichischen Landessteile ausgehe, und das englisch-französische Einvernehmen ist andern Mächten gegenüber mit der Notwendigkeit motiviert worden, daß diesem deutschen Länderhunger rechtzeitig vorgebeugt werden müsse durch Maßnahmen zur Erhaltung des durch Deutschland bedrohten europäischen Gleichgewichts. Solange inspirierte englische Preßstimmen in dieser Frage noch mit Wenn oder Aber kommen — „wenn Deutschland mit dem Bilde zufrieden ist, das heute der Atlas bietet“ —, so lange ist drüben noch ein Mißtrauen vorhanden, oder es wird ein solches vorgeschützt, weil man auch ferner antideutsche Politik treiben will. Der König sowohl wie Lord Lansdowne wissen ganz genau, daß das heutige Deutschland gar nicht daran denkt, auch nur einen Zoll breit österreichischen Bodens zu erwerben, daß im Gegenteil Deutschland alle seine Bemühungen auf die Erhaltung des heutigen Österreich richten würde, falls dessen Integrität von irgendeiner Seite her bedroht werden sollte. Solche Andeutungen in der Presse geschehen darum wider besseres Wissen, und solange diese „Wenn“ und „Aber“ nicht aus der britischen Politik verschwinden — wohl verstanden: Wenn und Aber, die unmittelbare britische Interessen gar nicht berühren —, so lange wird auch ein ehrliches Einvernehmen zwischen den beiden Mächten nicht möglich sein. England würde es ja gewiß als eine große Unbequemlichkeit empfinden, wenn Triest und der Kriegshafen von Pola jemals in deutsche Hände kämen, und Deutschland damit Mittelmeermacht würde, und einige Übertreibungen in deutschen Blättern, die Triest als zweites Hamburg reklamierten, mögen Anlaß dazu geboten haben, Mißtrauen in dieser Beziehung in England zu wecken und in weitere Kreise zu tragen. Aber es ist doch sehr fraglich, ob dieser Besitz, auch wenn er Deutschland jemals zufiele, für Deutschland wirklich von Nutzen und Vorteil sein würde. Immerhin würde er unsre Reibungsflächen ganz bedeutend vergrößern und vermehren und uns militärisch zu Lande und zur See sehr große Opfer auferlegen. Die deutsche Politik ist aber jedenfalls von dem ehrlichen Wunsche und der festen Absicht geleitet, alles zu tun, dem österreichischen Länderbesitz den status quo für die Dauer zu erhalten, und wenn England keine andern Sorgen wegen des Bildes hat, das der Atlas heute bietet, so mag es sich dazu beglückwünschen. Im übrigen ist Kaiser Wilhelms Initiative zur Rückberufung der europäischen Truppen aus China doch dazu angetan, die Engländer von einem wesentlichen Abdruck zu befreien, der seit Jahren auf ihnen lastete. Bei der fortschreitenden Konsolidierung Chinas und seines Heeres hätte die Fortdauer dieser partiellen Okkupation keinen Zweck mehr, sondern enthielt eher eine Gefahr. Der deutsche Antrag kommt somit ebenso den Empfindungen des chinesischen Hofes wie dem europäischen Interesse im

allgemeinen und dem deutschen im besondern entgegen. Er bedeutet für uns eine starke finanzielle Entlastung und macht die ostasiatische Brigade — falls erforderlich — für koloniale Zwecke verfügbar.

Außer dem Daily Telegraph hat sich nun aber auch noch eine Reihe angesehener Redner vernehmen lassen, die sich ebenfalls sehr entschieden und mit weniger Hintertüren als das ministerielle Blatt für ein gutes Einvernehmen mit Deutschland ausgesprochen haben, so der Staatssekretär für Indien, Herr Brodrick, das Mitglied des Unterhauses Bryce und vor ihnen schon Lord Rosebery, dessen Äußerungen allerdings von mancherlei Deutungen nicht frei sind. Aber immerhin sind in diesen Reden die publizistischen Hebereien gegen Deutschland scharf verurteilt worden, und wir sind darin einer Sprache begegnet, wie wir sie seit Jahren von England her nicht mehr gewohnt waren. Im Gegenteil, wir wissen hier durch das Zeugnis durchaus unbefangener und glaubwürdiger Beobachter, daß sich das englische Publikum in den Gedanken eines Kriegs gegen Deutschland, und zwar ganz allein eines Verstimmungskriegs, so hineingelebt hatte, daß das Thema fast seit Jahresfrist im ganzen Lande und in allen Kreisen erörtert, und daß auch den Deutschen gegenüber, die drüben zu Besuch waren, kein Hehl aus der Sache gemacht wurde. Wir wollen die Äußerungen Roseberys, Brodricks und der andern Redner gern als bare Münze annehmen, auch wenn die Times und andre Blätter fortfahren, ihren Lesern unaufhörlich Unsinn und Feindseligkeiten gegen Deutschland vorzusetzen. Wir glauben also, daß es den erwähnten Rednern für den Augenblick wirklich Ernst ist, und stimmen namentlich Herrn Brodrick zu, wenn er die Idee einer Landung von hunderttausend Mann in Schleswig-Holstein als ein Märchen, richtiger wohl als ein Phantasiestück, bezeichnet. Zu bedauern bleibt nur, daß nachdem die Spannung schon so lange angedauert hat und zeitweilig so stark geworden war, noch keine der leitenden Persönlichkeiten der britischen Regierung, Balfour oder Lord Lansdowne, Gelegenheit genommen hat, sich so unzweideutig wie Herr Brodrick zur Sache zu äußern. Damit würde viel Beunruhigung in der Welt, viel Verstimmung hüten und drüben und viel unnötige Verbitterung vermieden worden sein. Das fortgesetzte Schweigen gerade der leitenden Persönlichkeiten hat mit am meisten zu dem Verdacht beigetragen, daß die mit der Druckerfchwärze an Deutschland gerichteten Drohungen sowie das Bündnisprojekt des Herrn Delcassé ernst gemeint waren; auch haben ja noch in der jüngsten Zeit gerade die leitenden Persönlichkeiten des Ministeriums den Standpunkt eingenommen, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges jedes Kabinett von der öffentlichen Meinung in England gezwungen werden würde, sich an die Seite Frankreichs zu stellen. Da nun aber die öffentliche Meinung in England nur auf Grund böswilliger Hebereien und Entstellungen gegen Deutschland eingenommen ist, ohne die Tatsachen selbst zu kennen und richtig zu würdigen, so wäre es Pflicht der leitenden Persönlichkeiten Großbritanniens gewesen, die öffentliche Meinung rechtzeitig eines Bessern zu belehren und damit die britische Regierung von diesem Druck auf ihre Entschlüsse endgiltig zu entlasten. Das alles ist nicht geschehen. Der einlenkenden Sprache, der wir jetzt begegnen, können wir Glauben schenken, weil sie mit der Tatsache zusammenfällt, erstens daß Frankreich jetzt keinen Krieg will oder sich zu einem solchen nicht genügend vorbereitet erachtet, zweitens daß Rußland, ganz abgesehen von seiner innern Lage, für keine irgendetwie gegen Deutschland gerichteten Kombinationen in Betracht kommt. Aus diesen beiden Gründen glauben wir daran, daß England zunächst nichts gegen uns im Schilde führt. Als ein dritter Grund käme auch wohl noch der hinzu, daß die ökonomische Lage Großbritanniens doch noch sehr stark durch die Nachwirkungen des südafrikanischen Krieges beherrscht ist, daß ferner die englische Armee nichts weniger als in der Lage ist, in den Krieg mit einer europäischen Großmacht einzutreten, und daß demnach für England eine ganze Reihe von Gründen vorhanden ist, den Frieden, und zwar den Frieden von einiger Dauer zu wünschen.

Aber Deutschland muß sich die Vorgänge dieses Sommers zur Lehre dienen lassen — Regierende wie Regierte — und die jetzt der Kriegsgefahr abgewonnene

Pause so nützen, daß eine Wiederholung uns in jeder Beziehung bereit und gekräftigt findet. Wir müssen so stark sein, daß jedem die Luft vergeht, sich die Zähne am deutschen Granit auszubeißen; aber wir dürfen auch den Krieg nicht scheuen, sobald wir überzeugt sind, daß ein Gegner vorhanden ist, der ihn haben will. Eine so leichte Sache, wie es sich Hofleute, Diplomaten und Publizisten vorstellen mögen, würde ein Krieg für England auch an der Seite Frankreichs gegen Deutschland keineswegs gewesen sein, wobei wir auf eine Untersuchung der Frage, wie sich Amerika zu der Störung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa stellen würde, noch gar nicht einmal eingehn wollen. In Frankreich beginnt schon die Legende von den Vorgängen dieses Sommers Besitz zu ergreifen. Wie im Jahre 1875 der von Bismarck angeblich geplante „Überfall“ durch Gortschakow und die Königin Viktoria vereitelt worden sein soll — bekanntlich eine der Janfaronaden, durch die sich Gortschakow von Zeit zu Zeit bloßzustellen liebte, und die sein eigener Souverän als lächerlich bezeichnete —, so soll jetzt England den deutschen Friedensbruch Frankreich gegenüber verhindert haben, während es angemäßig die französische Politik gewesen ist, die darauf ausging, Deutschland vor die Alternative einer Blamage oder eines Kriegs unter möglichst ungünstigen Verhältnissen zu stellen. Hierzu gesellt sich die sehr merkwürdige Erscheinung, daß die englische und die französische Presse übereinstimmend in der Idee einer Niederlage schwelgen, die sich Deutschland in Rußland geholt habe, weil es die englisch-russische Annäherung nicht habe hindern können! Der Botschafterposten in Petersburg sei aus diesem Grunde neu besetzt worden, und was dergleichen Unsinn mehr ist. Deutschland hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sich Rußland eine Reihe von Jahren in Frieden konsolidieren und sein Staatswesen in Ordnung wieder aufrichten kann. Dazu gehört selbstverständlich aber auch die Beseitigung aller Konfliktsmöglichkeiten mit England.

Es war vorauszusehen, daß die Worte unsers Kaisers in Frankreich sowohl wie in England Aufsehen erregen und den bisherigen publizistischen Bekämpfern Deutschlands neue Nahrung und neue Vorwände bieten würden. Leider haben aber auch deutsche Zeitungen einen hohen Grad von Unfähigkeit in der Beurteilung der Vorgänge dieses Jahres an den Tag gelegt. Ob der Kaiser mit seinen Worten Wünschen des Reichskanzlers gefolgt ist, wie bei dem Besuch in Tanger, oder nach eigener Eingebung gehandelt hat, kann auf sich beruhen bleiben, jedenfalls entsprechen seine Äußerungen den innersten Gedanken der Reichspolitik. Zudem war in Dresden der besondere Anlaß gegeben durch die sehr wohlwollende Beurteilung, die König Friedrich August der Tätigkeit des Reichskanzlers während der letzten Monate hatte zuteil werden lassen. Bei der Moltkefeier war es fast nur ein militärischer Kreis, an den der Kaiser seine in knappe soldatische Form gekleideten Worte richtete.

Der ernste Ton, der durch die Reden des Kaisers klang, wird voraussichtlich auch in der Thronrede bei Eröffnung des Reichstags widerhallen. Bei unsrer Lage ist es nicht nur Pflicht der Regierung, die Nation darauf vorzubereiten, daß ernste Wendungen, die uns recht nahe waren, sehr leicht wieder auftauchen können, sondern es erwächst auch der Volksvertretung die Pflicht, die Reichspolitik in allen Maßnahmen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, ernste Zeiten, wenn sie über Deutschland kommen sollten, mit Ehren bestehen zu können. Dazu gehört vor allem die Reichsfinanzreform; gute Finanzen sind die Bedingung jeder guten Politik. Wir brauchen außer der Kriegsbereitschaft zu Lande und zur See auch eine finanzielle Kriegsbereitschaft, und es ist höchst notwendig, daß die Parteien endlich darauf verzichten, die Schließung dieser klaffenden Lücke in unsrer Rüstung noch weiter durch Umschmeihlung der Massen zu verhindern oder zu erschweren. Welches Steuerprojekt auch auftauchen mag, immer ist es der sogenannte „arme Mann,“ um dessentwillen es nicht zur Ausführung kommen darf, derselbe arme Mann, der das Zehn- und Zwanzigfache von dem, was das Reich von ihm zum Schutze seiner friedlichen Arbeit verlangen würde, alljährlich an Streikgrotschen aufbringt und an

andern Beiträgen für wirtschaftliche Störungen, für Schädigung des Nationalvermögens und damit auch für Schädigung der Zoll- und Steuereinkünfte. Auch von diesem Standpunkt aus ist die Reichserbschaftsteuer tatsächlich eine recht bedenkliche Konzession, die an die von der Politik der Massenumschmeichlung lebenden Parteien gemacht wird. Ein fünfunddreißig Jahre festgehaltener Grundgedanke der Reichspolitik wird damit durchbrochen, und wir wollen wünschen, daß das französische Sprichwort: *Ce n'est que le premier pas qui coûte* nicht auch in dieser Beziehung zur Geltung kommt. Es ist immerhin eine von der Sozialdemokratie geschlagne Bresche, die von der Zentrumsdemokratie erweitert wird, ein Wettlaufen, bei dem dann natürlich der bürgerliche Freisinn auch nicht fehlen darf. Wäre das Reichschazamt mit einem preußischen Staatssekretär besetzt, so würde die bayerische Zentrumsdemokratie wahrscheinlich gewaltigen Lärm über den „Eingriff in die bayerischen Landeshoheitsrechte, über preußische Vergewaltigung“ erheben, so aber ist Herr von Stengel Bayer, und da können sogar seine ihm sonst wenig wohlwollend gesinnten Landsleute doch nicht in Widerspruch mit sich selbst geraten. *Quousque tandem!* *s*

Praktisches Christentum als Förderer des konfessionellen Friedens. Die evangelische Kirche ist von Anfang an ein wenig zu sehr Theologenkirche gewesen, und manchmal, so auch in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, mag es vielen so vorgekommen sein, als ob das Leben dieser Kirche in der theologischen Forschung und im Streit ihrer Theologen untereinander und mit denen der andern Konfession aufginge. Mit der Gründung des Diakonisseninstituts und mit Wicherns Innerer Mission ist eine erfreuliche Reaktion eingetreten, und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt haben Liebeswerke und soziale Bestrebungen aller Art einen immer breiteren Raum eingenommen und immer erfreulichere Früchte getragen. Darin liegt nicht bloß eine Rückkehr zum echten Geiste des Christentums, sondern es eröffnet sich damit auch die Aussicht auf Überwindung und Überbrückung — nicht Beseitigung — des konfessionellen Gegensatzes. Zu praktischer Tätigkeit können die Konfessionen ohne Preisgebung ihrer theoretischen Prinzipien einander die Hände reichen, durch die theologische Erörterung dieser Prinzipien wird die ohnehin starke Neigung zu unfruchtbarem und verderblichem Gezänk verstärkt. Sehr gefreut hat es uns, daß diese Seite der Sache auf dem in Leipzig abgehaltenen dreihunddreißigsten Kongreß für Innere Mission so kräftig hervorgehoben worden ist. Unsere Freunde werden ja, soweit sie nicht selbst teilgenommen haben, die Berichte über die Verhandlungen gelesen haben, aber es soll doch auch in dieser Zeitschrift, die so entschieden für den konfessionellen Frieden eintritt, die erfreuliche Tatsache wenigstens gebucht werden. Von den neun Leitsätzen, die in der Sitzung am 26. September der Geheime Kirchenrat D. Hauck vorlegte, sprechen zwei es aus, daß die konfessionelle Spaltung ja an sich ein Unglück sei, die Verschärfung des Gegensatzes aber die Einheit der deutschen Nation gefährde, und daß die Innere Mission, deren Arbeit mit den gleichartigen katholischen Bestrebungen zusammentreffe, das gegenseitige Verständnis, die gegenseitige Achtung fördere und so dem Frieden diene. Und daran schließt sich der Satz: „Gefährlicher als der konfessionelle Gegensatz ist für die Einheit des Volkslebens der unverföhnliche Gegensatz der religiösen und der irreligiösen Weltanschauung.“ Und der Geheime Kirchenrat D. Bauck sprach die schönen Worte: „Leider ist ja der konfessionelle Gegensatz vorhanden und darum auch die Unvermeidlichkeit des Kampfes gegeben. Aber um so mehr ist es unsere nationale Pflicht, nicht mit vergifteten Waffen diesen Kampf zu führen. Auf wissenschaftlich-literarischem Gebiete soll der Kampf nur mit dem Schwerte des Geistes und der Wahrheit geführt werden, auf praktischem Gebiete soll er sein ein heiliger Wettkampf, ein heiliges Ringen um die Besserung des Volkes und um seine Hebung.“ Das bedeutet einen guten Schritt vorwärts in der gesunden Entwicklung unsers Volkes.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig